

Grußwort an die Teilnehmer der Demonstration in Kuhz gegen die Schweinemastanlage Haßleben am 12. Juni 2010

Detlef Bimboes (Ökologische Plattform/*DIE LINKE*)

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, sehr geehrte Damen und Herren, hiermit möchte ich Ihnen die besten Grüße der ÖPL übermitteln. Wir freuen uns sehr darüber, dass bislang durch den zähen Widerstand der Bürgerinitiative hier in der Uckermark die Anlage nicht gebaut werden konnte. Auf fachlich hohem Niveau wurden immer wieder Argumente vorgetragen, die die für die Genehmigung zuständigen Behörden eins um`s andere Mal in fachliche Nöte brachten.

Vor allem zwei Punkte springen hier ins Auge:

1. Zum einen die gewaltigen Umweltbelastungen. Der Standort Haßleben ist einer der bestuntersuchten und höchstbelastesten Agrarstandorte in Deutschland. Hier wurden von 1978 bis 1991 jährlich durchschnittlich 136 000 Schweine gehalten. Daraus resultierten gewaltige Nährstoffüberschüsse. Durch die Düngung mit Gülle kam es z. B. zu einer jährlichen Stickstoffüberdüngung bis zu 500 kg pro ha und Jahr, nachweislich bis zu einer Tiefe von 5 m. Das sind die bisher höchsten in Deutschland ermittelten Werte. Diese Flächen liegen direkt neben der Anlage. Zum Vergleich: in der Bundesrepublik bewegen sich die Stickstoffüberschüsse in den Ackerböden noch durchschnittlich bei 100 kg/ha und Jahr. Auch die belastenden Auswirkungen auf Wälder, Gewässer und Schutzgebiete wurden bis zu einer Entfernung von 20 km untersucht. Was einem schon schwante, bestätigte sich: die Waldböden sind alle gesättigt mit Stickstoff. Und was rechnet uns der Investor vor? Trotz Abluftanlage sollen 110 kg Ammoniak täglich in die Luft gehen, von denen dann aber nur noch in Hauptwindrichtung 5 – 9 kg über das ganze Jahr gerechnet im nahen Wald ankommen sollen!

Die DDR-Wasserwirtschaft hat diesen Standort damals schon für eine industrielle Tierhaltung abgelehnt. Auch damals setzte sich die Politik darüber hinweg wie heute wieder. Von Anfang an gab es im ganzen Verfahren ein hohes Einvernehmen zwischen Investor und Genehmigungsbehörden. Die zur öffentlichen Auslegung gelangten Unterlagen waren fachlich so unvollständig, das sie nicht ausgelegt hätten werden dürfen. Bei der öffentlichen Anhörung wollte man 1200 Einwendungen in vier Tagen abhandeln, was ein Unding war. Nach 11 Tagen wurde abgebrochen, weil die Unterlagen für die Gülleausbreitung so unvollständig waren. Zwei Jahre brauchte der Investor, bis er die Unterlagen erneut einreichen konnte. Inzwischen hat er die Tierzahlen aufgrund des fachlichen Drucks der BI von 85 000 Tieren auf knapp 68000 Tiere herabgesetzt und laufend Teile seiner Unterlagen geändert, so dass die Unterlagen kaum noch etwas damit zu tun haben, die einst ausgelegt wurden. So weiß man beispielsweise inzwischen garnicht mehr, welche Flächen mit Gülle gedüngt werden sollen und welche nicht. Ein Verwirrspiel par excellence. Am Besten wäre es, das Verfahren noch einmal aufzurollen. Aber das dürfte sehr schwierig sein, denn es führt auf kompliziertes rechtliches Gelände mit unsicherem Ausgang.

Lassen Sie mich deshalb lieber zum zweiten Punkt kommen.

2. Diese geplante industrielle Tierproduktionsanlage in Haßleben wird, sollte sie genehmigt werden, Teil der industriellen Massentierhaltung in Deutschland und eng verzahnt sein mit dem derzeitigen Ausbau der Schlachthofkapazitäten. So wird gerade in Weißenfels mit Blick auf den subventionierten Schweinefleischexport die Schlachtkapazität auf 23 000 Schweine täglich ausgeweitet und in der Südheide in Niedersachsen wird derzeit eine

Hähnenschlachtereie gebaut, in der sage und schreibe pro Woche 1,5 Millionen Hähnchen geschlachtet werden sollen.

Vor diesem Hintergrund werden wir uns innerparteilich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, dass unsere Umweltministerin in Potsdam dafür sorgt, dass die Anlage nicht in Betrieb geht. Wir hoffen sehr, dass es ihr gelingt. Denn die geltenden wirtschaftlichen, rechtlichen und fachlichen Rahmenbedingungen im Agrarbereich, die größtenteils durch die EU-Kommission und mitgestaltet durch die nationalen Regierungen, aber auch allein von den in der Bundesrepublik herrschenden Parteien, seit vielen, vielen Jahren auf den Weg gebracht wurden, begünstigen das Agrobusiness, die industrielle Tier- und Pflanzenproduktion mit all ihren schlimmen Folgen für Natur und Umwelt, das Klima und die Arbeitsplätze. Viele umweltfachliche und umweltrechtliche Vorschriften sind im Interesse der Agrar- und Wirtschaftslobby wachsw weich gestrickt und können zu deren Gunsten durch Genehmigungsbehörden und Politik vielerorts dehnbar ausgelegt werden. Künftig müssen, und dafür lassen sie uns gemeinsam streiten, die fachlichen und rechtlichen Vorschriften so gefasst sein, dass sie im Interesse des Umwelt- und Naturschutzes keine Schlupflöcher mehr haben, klar und eindeutig sind, keine Auslegungsspielräume für Wirtschaftsinteressen mehr haben und zukünftig deshalb dafür sorgen, dass auch solche Anlagen erst gar nicht mehr genehmigt werden können.

Und dazu gehört ebenso, dass die wirtschaftlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen, beispielsweise für steuerliche Abschreibungen von Investitionen oder für Exportsubventionen derart geändert werden, dass selbst bereits bestehende, industrielle Tierproduktionsanlagen künftig vor dem „Aus“ stehen. Die Investoren – und damit auch der hiesige Investor van Gennip - sollten sich deshalb nicht zu früh über errungene Teilsiege und genehmigte Anlagen in anderen Regionen unseres Landes freuen! So haben vor kurzem erstmals die Agrarexperten meiner Partei gemeinsam beschlossen, dass Großmastanlagen für uns nicht mehr in Frage kommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, lassen Sie mich zum Ende meines Beitrages auf ein Thema kommen, das uns sehr am Herzen liegt. Denn wenn wir schon gemeinsam gegen diese Anlage sind, dann müssen wir auch etwas dazu sagen, wie wir hier neue Arbeitsplätze schaffen können. Darum dürfen wir keinen Bogen machen. Die Bundesrepublik zerfällt ja seit der Wende 1989 immer mehr in reiche und arme Regionen. Einerseits überquellender Reichtum, viel Arbeit und Arbeitsdruck. Andererseits drückende Arbeitslosigkeit und mies bezahlte Jobs. Und zu den Gefahren der weltweiten Finanzkrisen, gesellschaftlicher Schieflagen gesellen sich jene des Klimawandels. Wie im Brennglas lassen sich die Probleme der Gegenwart hier in der Uckermark besichtigen. Und die drückende Arbeitslosigkeit hier nach dem Ende der DDR wird ausgenutzt mit dem Versprechen eines Investors auf ein paar mehr schlecht als recht bezahlte Arbeitsplätze in Haßleben. Ich kann gut verstehen, dass in der Not nach jedem Strohalm gegriffen wird, doch weist diese Anlage in eine falsche Zukunft für den ländlichen Raum. Wir müssen deshalb gemeinsam an Alternativen für Arbeit und Umwelt arbeiten. Wir müssen Antworten finden, die gerade die Menschen hier vor Ort überzeugen.

Was wir dafür brauchen, ist ein vollständiger Kurswechsel in Stadt und Land für eine lebenswerte Zukunft. Eine Zukunft, die nicht mehr von den Finanzmärkten und deren Renditeversprechen angetrieben wird. Ein Versprechen auf ein „weiter so“, auf ein Wirtschaftswachstum wie in der Vergangenheit, führt in die Irre. Notwendig ist ein weitgreifender lokaler und regionaler Umbau unserer Gesellschaft in und mit Europa, der wieder viele Arbeitsplätze schafft. Dafür bedarf es einer Renaissance der Kommunalwirtschaft mit einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge als Rückgrat und einer entsprechenden lokalen und regionalen Energieversorgung. Städte und Dörfer müssen so umgerüstet werden, dass das Klima nicht durch zu großen Energieverbrauch aus dem Ruder

läuft. Im Verkehrsbereich ist es falsch, einfach weiter auf das Energie und Rohstoffe fressende private Auto zu setzen. Wege müssen gebahnt werden für eine vielfältige Nutzung verschiedenster Verkehrsmittel – ob nun Mietautos, Sammeltaxen, Rufbusse oder klug organisierter Öffentlicher Nahverkehr mit Bus und Bahn -, mit denen man mit weniger Autos ebenso gut und bequem wie bislang überall hinkommen kann. Zarte Pflänzchen für einen solchen Umbruch wachsen schon vielerorts. Über 30 Regionen und Kommunen in unserem Land, darunter hier ganz in der Nähe der Landkreis Barnim, können stolze Erfolge mit Blick auf erneuerbare Energien vorweisen und haben alle ein Motiv, nämlich das, dass sie durch die Zusammenführung von positiven wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Effekten etwas zur regionalen Wertschöpfung, zur Versorgungssicherheit und damit zum Klimaschutz beitragen wollen.

Ein solcher Umbau bedarf aber auch, und das ist in unserem Zusammenhang entscheidend, einer Agrarwende, die mit der industriellen Massenproduktion aufhört und den Weg zu einer kleinräumiger angelegten, ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft schafft. Nicht zuletzt des Klimaschutzes und einer gesünderen Ernährung wegen werden wir die jetzige Tierproduktion längerfristig halbieren müssen. Belohnt werden wir hier durch eine gesündere Ernährung mit weniger Fleisch und mehr Gemüse und Obst, denn die aktuellen Kosten für ernährungsbedingte Krankheiten beziffern sich jährlich auf fast 70 Milliarden Euro, was immerhin 30 Prozent aller Gesundheitskosten ausmacht. Diese Gelder werden besser für dringende soziale Zwecke ausgegeben.

Meine Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, wie sie sehen, habe ich sie zum Schluss mit schwierigen Zukunftsfragen konfrontiert. Wir hoffen, dass wir diese möglichst gemeinsam lösen können. Denn ohne ein breites gesellschaftliches Bündnis über alle Parteigrenzen hinweg und ohne die

Menschen vor Ort wird uns das nicht gelingen. In diesem Sinne wünsche ich der Bürgerinitiative und uns allen gemeinsamen Erfolg. Vielen Dank.